

# Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ  
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse  
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg, Ibastr. 15/17.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes  
der  
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz: Hamburg).

Vereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Petitzelle oder deren Raum 10  $\mathcal{M}$ , Geschäfts-Anzeigen 15  $\mathcal{M}$ , doch ist bei Einblendung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75  $\mathcal{M}$ . — Für Einzel-Abonnements pro Quartal  $\mathcal{M}$ . 1,20.

## Vorstandsbericht

vom 1. April 1895 bis zum 31. Dezember 1896.

Unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen übernahm der jetzige Vorstand, durch die 1895 in Berlin abgehaltene Generalversammlung dazu neugewählt, die Geschäfte des Verbandes. Das letzte vorangegangene Quartal wies nur einen Mitgliederbestand von 168 zahlenden Mitgliedern auf. An barem Kassenbestand wurden nur  $\mathcal{M}$ . 6,05 von Berlin übernommen. Dazu beschloß die damalige Generalversammlung wesentliche Änderungen und Neuerungen, welche durchzuführen wesentliche Geldmittel erheischte. So wurde durch den Verbandstag (dessen Beschlüsse) ein ganz neues Statut beschaffen, andere Beitragsmarken erforderlich und das Obligatorium der Fachzeitung beschlossen, welche Beschlüsse alle recht viel Geldmittel erforderten. Aber gerade hieran fehlte es am meisten! Waren doch durch die schädigenden Vorkommnisse bei der früheren Hauptkassie die Mitglieder alle kopfscheu gemacht, und nur schwer fiel es den bestehenden Zahlstellen, die Beiträge einzulassen. Dazu kam noch, daß gleich beim ersten Anprall, der Berichterstattung der Delegirten über die stattgehabten Schiebungen des Hauptkassiers, die Mitgliedschaften Frankfurt a. M., Offenbach, Münster und Wiesbaden fielen, während ein Theil der Berliner Kollegen noch ein Uebrigens that, um die Kräfte zu versplittern und sich einen zweiten Verein, der angeblich dasselbe erzielen wollte wie der Verband, einen Lokalverein gründete.

So stand vor nunmehr zwei Jahren der Verband! Gleichsam schwebte derselbe nur in der Luft! Und unter diesen denkbar schwierigsten Umständen eine Verdoppelung der Beiträge durchzusetzen? Fürwahr, ein gewagtes Stück und alle Jene, die daran mithalfen, diese unumgängliche Nothwendigkeit durchzuführen, können stolz zurückblicken auf die Erfolge dieser Verbandstagsbeschlüsse. Hat es schon eine Organisation gegeben, die mit schwierigeren Verhältnissen zu kämpfen hatte? Auf der einen Seite nur 168 zahlende, also wirkliche Mitglieder der Organisation, die durch die verwerflichen Vorkommnisse bei der früheren Hauptverwaltung selbst mißtrauisch geworden waren, auf der andern Seite die ganze Innungsmeute, jenes Kleinproletariat, welches nur darauf wartete, einer nicht ganz festen Zahlstelle jenes Verbandes durch Maßregelung der Wortführer denaraus zu machen, und dahinter die große Masse der indifferenten, die noch vollständig im Innungsbusel untergeleitet.

Jedoch die wenigen vorhandenen Kräfte setzten Alles ein, die Neuerungen durchzuführen, die ersten Kammern des neu errichteten Organs wirkten begeistert auf die Kollegen und von Stund an mehrte sich das kleine Häuflein der muthigen Kämpferschaar. In Berlin wurde mit der größten Aufopferung einiger der bravsten Kollegen eine neue Mitgliedschaft errichtet; mit Unterstützung der übrigen organisirten Arbeiter in Frankfurt a. M. und Offenbach wurden auch dort wieder neue Mitgliedschaften errichtet, und so ging es vorwärts in der Aufklärung der Massen und Heranbildung neuer Mitglieder und Kämpfer.

Nur in der Hauptverwaltung mangelte es an dem Nothigsten, an Geldmitteln, und überzeugte, daß etwas in der Agitation unternommen werden mußte, wandte man sich an die Generalkommission um Unterstützung, die dem Verbands bereitwilligst den Betrag von  $\mathcal{M}$ . 500 zur Verfügung stellte. So konnte wenigstens etwas unternommen werden, und es wurden vier dazu befähigte Kollegen nach Nord und Süd, Ost und West

zur Agitation ausgesandt. Zwar langten diese  $\mathcal{M}$ . 500 nicht zu dieser umfangreichen Agitation und mußten aus der Hauptkasse weitere  $\mathcal{M}$ . 400 dazu verwandt werden, doch es war uns Gelegenheit hierdurch gegeben, durch mündliche Agitation wenigstens die indifferenten Kollegen der Groß- und mittleren Städte mal aufzurütteln.

Der augenblickliche Erfolg dieser Agitation für den Verband wog zwar nicht die Kosten auf, doch wer glaubt wohl, daß überall beim ersten Anstoß an die bisher indifferente Masse gleich tüchtige Mitgliedschaften der Organisation erstehen können! Nebenbei wurde die Agitation durch das Verbandsorgan und rege Korrespondenz eifrig weiter gefördert, und so konnten wir am Schlusse des Jahres 1895 konstatiren, daß der Verband 16 Zahlstellen zu verzeichnen hatte, und eine Mitgliederzahl von durchschnittlich 713 zahlenden Mitgliedern aufwies. Nachdem in diesem Jahre alle zu Beginn unserer Thätigkeit nothwendig verurtheilten Drucker-schulden gedeckt werden konnten, verblieben zum Jahre 1896 doch noch  $\mathcal{M}$ . 63,56 Kassenbestand in der Hauptkasse, im Gesamtverband  $\mathcal{M}$ . 455,62. Fürwahr, ein erfreuliches Resultat! Das Vertrauen der Mitglieder zu der Hauptverwaltung war gefestigt, und so wurde von allen Seiten mit freudiger Hingebung auch im Jahre 1896 gearbeitet.

Aus dem alten Jahre waren in das Jahr 1896 bedeutende Verpflichtungen mit hinüber genommen, denn kurz vor Weihnachten hatte es der Unterverband Nord-West der Germania-Innungen dahin gebracht, daß in Harburg durch die elendesten Machinationen des Proletariats 40 Kollegen, welche für ihre Ueberzeugung eintraten, auf das Straßenpflaster geworfen, gemahregelt wurden. Da erscholl der erste Appell an das Solidaritätsgefühl der organisirten Kollegen, und innerhalb drei Wochen wurden  $\mathcal{M}$ . 973,42 aufgebracht durch freiwillige Sammlungen, von denen  $\mathcal{M}$ . 652,95 zur Unterstützung der Harburger, Wilhelmshavener und Offenbacher Kollegen verwandt wurden (welche alle früher oder später in eine Lohnbewegung eingetreten waren), während der Rest von  $\mathcal{M}$ . 320,47 zur Deckung des gewährten Rechtsschutzes an durch die Bewegung in Prozeß gerathene Mitglieder verwandt wurden. Ueber die Lohnbewegungen selbst ist wohl heute nichts mehr zu sagen, sie sind allen Kollegen bekannt und haben für uns Alle mit dem Vortheil geendet, daß es den Innungen, welche bestrebt waren, ihre ganze Kraft an die Orte zu konzentriren, um unsere Zahlstellen zu vernichten, mit Ausnahme von Offenbach nicht gelungen ist, vielmehr unsere Zahlstellen dort als die blühendsten, besten Mitgliedschaften mit angesehen werden können. Aus Verbandsmitteln wurden die Bewegungen unterstützt: Harburg mit  $\mathcal{M}$ . 187, Wilhelmshafen mit  $\mathcal{M}$ . 150 und Offenbach mit  $\mathcal{M}$ . 60.

Besonders die Harburger Innung glaubte sich unsterbliche Verdienste erwerben zu müssen und strengte mehrere Prozesse gegen unsere Mitglieder an, die dort in der Bewegung thätig gewesen waren, welchen vom Hauptvorstand Rechtsschutz gewährt wurde, was mit vorerwähntem Posten eine Ausgabe von  $\mathcal{M}$ . 1300 erreichte.

Doch auch hier könnte man ausrufen: Hoch leben unsere Freunde, die Feinde! Denn gerade durch die gehässige, rigorose Weise, mit welcher das Proletariat alle unsere Bestrebungen zu bekämpfen sucht, wurden den Kollegen die Augen geöffnet und unsere Reihen vermehrt und neugestärkt.

Im Jahre 1896 wurden mehrere kleine Agitationstouren unternommen, außerdem wurde aber das Haupt-

gewicht auf die schriftliche Agitation gelegt. Am Schlusse des Jahres 1896 hatten wir 28 Mitgliedschaften und Zahlstellen mit 1072 durchschnittlich zahlenden Mitgliedern (inklusive der Arbeitslosen, denen der Beitrag erlassen ist).

Im ersten Quartal des Jahres 1897 stieg durch die Agitation — Flugblattverbreitung und mündliche Agitation — für den Kongreß die Mitgliederzahl ganz gewaltig und besitzt heute der Verband 42 Mitgliedschaften und Zahlstellen. Von diesen haben 25 Zahlstellen insgesammt für 1026 Mitglieder für das volle Quartal die Beiträge an die Hauptkasse abgeliefert, außerdem vereinnahmte die Hauptkasse noch von 56 Einzelzahlern die vollen Quartalsbeiträge; es restiren noch 17 Mitgliedschaften und Zahlstellen mit ihren Beiträgen und Abrechnungen, darunter aber eine ganze Anzahl in diesem Quartal neu errichteter.

Die Einnahmen der Hauptkasse erreichten in diesem letzten Quartal die Hälfte der ganzen Jahreseinnahme von 1896, und wird in der bisherigen Weise weiter gearbeitet, so ist anzunehmen, daß auch dieses Jahr eine bedeutende Erhöhung der Mitgliederzahl eintritt, was nur zu wünschen ist, und hofft die Hauptverwaltung, daß sie hierin von allen Mitgliedern kräftig unterstützt wird.

Alles in Allem können wir mit Befriedigung auf die abgeschlossene Periode zurückblicken, ist es doch in dieser Zeit gelungen, unsere Mitgliederzahl ständig zu vergrößern und den Verband auf eine feste finanzielle Basis zu bringen.

Außer dem Berliner Lokalverein, der noch immer in seinen Sonderbestrebungen verharret, ist sich heute die deutsche Bäckerbewegung dahin einig, daß nur im Zentralverband ihre Interessen voll und ganz verwirklicht werden können, und so sind auch die wegen örtlicher Verhältnisse noch bestehenden Lokalvereine in Stuttgart, München und Dresden nur darauf bedacht, sich bald dem Verbands anzuschließen.

Kollegen! Arbeitet Alle rüstig weiter an dem Ausbau Eures Verbandes! Kein Stillstand darf eintreten; nur ein Vorwärts durch harte, schwere Kämpfe zum endlichen Sieg!

Daß wir auf dem richtigen Wege sind, lehrt uns das wüthende Geseise unserer Gegner, der Innungsprogen! Sorgt auch ferner dafür, daß Euer geistiges Kampfesgeschwert, Euer „Deutsche Bäcker-Zeitung“, in die entferntesten Winkel bringt, um die uns fernstehenden indifferenten Kollegen über ihre menschenunwürdigen Arbeits- und Lohnbedingungen aufzuklären und sie zu Mitkämpfern für Wahrheit und Menschenrechte heranzubilden.

Kassenbericht des Verbandes vom 1. April 1895 bis 31. Dezember 1896.

Einnahme.

Von Berlin übernommenes Saldo	$\mathcal{M}$ . 6,05
Beiträge vom Januar bis April (altes Schema)	179,65
Beiträge vom 1. April bis 31. Dezbr. 1895 à 15 $\mathcal{M}$	1842,20
vom 1. Januar bis 31. Dezbr. 1896 à 15 $\mathcal{M}$	6042,45
Eintrittsgelder 1895 à 50 $\mathcal{M}$	405,50
1896 à 50 $\mathcal{M}$	741,50
Duplikate à 20 $\mathcal{M}$	3,40
Einzelmitglieder der Hauptkasse, Eintrittsgelder	30,—
Beiträge	162,60
Von der Generalkommission zur Agitation	500,—
Zurückgezahlter Schuldschein	50,—
Freiwillige Spende einer Bäcker-Vierteltafel	50,—
Agitations- und sonstige Einnahmen 1895	1871,33
„Bäcker-Zeitung“ 1896	1450,41
Protokolle der Zentral-Krankenkasse	315,—
Für Annoncen	505,40
„Einzel-Abonnements“	49,25
Summa	$\mathcal{M}$ . 15647,79

Ausgabe.

Table with financial data for the General Assembly 1895, including items like 'Umlösen der Generalversammlung 1895', 'Entschädigung des Vorsitzenden und Kassiers', and 'Bureau-Umlösen der Hauptverwaltung'.

Protokoll der sechsten Generalversammlung des Verbandes deutscher Bäcker und Berufsgenossen.

Erster Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Dieselbe wird durch den Kollegen Rahl-Gera mit einigen Begrüßungsworten an die anwesenden Delegirten eröffnet, und glebt Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die gelagerten Verhandlungen zum Wohle der Organisation gereichen mögen.

Es übernimmt nun der Vorsitzende Allmann die Leitung der Sitzung. Derselbe begrüßt im Auftrage des Hauptvorstandes die Besuche der anwesenden Delegirten und hofft ebenfalls, daß die Verhandlungen zum Nutzen der Organisation gereichen mögen.

Hierauf wird zur Wahl der Mandatsprüfungskommission geschritten und werden in dieselbe gewählt: Jöst-Offenbach, Kretschmer-Hamburg, Breesmann-Deitzsch. Zur Erledigung der Arbeit derselben wird die Sitzung um zehn Minuten vertagt.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet ist, erstattet Kretschmer Bericht.

Es sind anwesend als Vertreter des Vorstandes:

- O. Allmann, Vorsitzender, B. Piecher, Kassier.

Als Vertreter des Ausschusses:

- L. Breithaupt, Vorsitzender.

Table listing members of the assembly by city and number of members, including Berlin (260), Hamburg (350), Altona (86), and others.

Vom Vorstand zur Vertretung des Einzelzahler Sachsens sind ernannt:

- A. Breesmann, Leipzig, 175 Mitglieder; B. Heymann, Potsdam, 42; C. Pletschmann, Dresden, 43.

Vertreten sind 1736 Mitglieder durch 23 Delegirte, außerdem die drei ergebnen Mandatarischen Vertreter vom Ausschuss und Vorstand. Ferner wird herbeiziehende Stimme zuerkannt dem Vertreter der Generalkommission, Sabath-Hamburg, dem Vertreter der Lokalkommission, R. Rahl-Gera, dem Vertreter des Fachvereins der Bäcker Wäcker, S. Friedmann, dem Vertreter der Einzelzahler vom Rhein, C. Pletschmann, dem Vertreter der neuerrichteten Mitgliedschaft, A. Lenzberg, P. Clemens, und dem Vorsitzenden der Mitgliedschaft, Wilhelmshaven, W. Blialer. Die zur Entsendung eines Delegirten berechtigten Mitgliedschaften Rostock und Düsseldorf sind nicht vertreten.

Folgende vom Vorstand festgesetzte Tagesordnung wird vom Vorstand ohne Aenderung angenommen:

- 1. Vorstandsbericht; 2. Bericht des Ausschusses in Berlin; 3. Bericht vom Gewerkschaftskongress; 4. Antrag des Vorstandes: Verschmelzung unseres Verbandes mit dem der Müller und Konditoren zu einem Verbande der Arbeiter in der Nahrungsmittel-Industrie; 5. Weitere gestellte Tagespunkte; 6. Wahlen.

Es wird nun in die Tagesordnung Angetretet und giebt der Vorsitzende Allmann-Hamburg ein Bericht über die Tätigkeit der letzten Generalversammlung, er kommt zunächst darauf zurück, daß nach der Generalversammlung wohl momentan ein Stillstand in Bezug auf die Zahl der Mitglieder eingetreten sei, aber trotzdem könne man sich auf die Zahl derselben in weit höherer Zahl in unserer Reihen verweisen. Hierauf kommt der Vorsitzende auf die im Juli 1895 vorgenommene Agitation zu sprechen; dieselbe habe in Bezug auf den dazu verwendeten Mitteln entsprechend und fruchtbar verliefen, doch sei es durch die Kämpfe in Wilhelmshaven und die Arbeit der Agitation erleichtert worden, gerade dort, wo die Kämpfe geführt wurden, wo es die Jahreszahl auf den Tag der Organisation abgeben hätte, bestanden die wichtigsten Jahressitzungen; der Vorsitzende zeigt sodann in der Hand der Herren

berichte, wie die Zahl unserer Mitglieder und somit auch die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes schrittweise gestiegen sind. Weiter bemerkt derselbe am Schlusse seines Berichtes, daß es nun endlich einmal gelungen sei, den Verband auf eine Basis zu bringen, daß man nun getrosten Muthes in die Zukunft schauen könne und wünscht, daß man so weiter arbeite und vor allen Dingen ein Gewicht darauf legen möge, alle Kräfte zusammenzufassen, um gemeinsam weiterzuarbeiten zum Wohle unserer eigenen, schwer bedrückten Kollegen.

In der folgenden Diskussion giebt Jöst-Offenbach zunächst Aufschlüsse über die Beweggründe, die zur Auflösung der Mitgliedschaft Offenbach geführt haben und sucht dieselbe zu rechtfertigen. An der Diskussion theilnehmen sich weiter Rahl-Gera, Tragefer-Frankfurt. Beide erklären sich vollständig einverstanden mit dem Bericht Basille-Berlin macht in seinen Ausführungen auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche der dortigen Mitgliedschaft die Lokalorganisation bereitet, er ist der Meinung, daß es wohl hauptsächlich die heutige Arbeiterverfassung sei, die unsere Agitation wesentlich gefördert habe und bemängelt den hohen Ausgabe-posten an Rechtschutz für in Prozeß gerathene Mitglieder. Allmann-Hamburg, Straßberger-Hamburg und Kretschmer-Hamburg vertheidigen hierin den Vorstand und führen an, unter welchen Umständen gerade in der Hamburger Angelegenheit einzelne Mitglieder in Prozeß gerathen sind.

Es erhält hierauf Breithaupt, Mitglied des Ausschusses, das Wort zur Berichterstattung. Er betont, daß der Ausschuss vollständig mit der Thätigkeit des Hauptvorstandes zufrieden sei. Es erfolgt nun auf Antrag Kretschmer-Hamburg die Wahl einer Prüfungskommission des Rechenschaftsberichts und werden in dieselbe gewählt: Basille-Berlin, Kretschmer-Hamburg und Jöst-Offenbach.

Sandhoff-Berlin beantragt, den Geschäftsbericht drucken zu lassen und nachdem als Flugblatt zu verbreiten. Der Antrag wird, nachdem verschiedene Redner dagegen gesprochen, zurückgezogen. Sodann erstattet Allmann Bericht vom Gewerkschaftskongress. Eine Diskussion findet nicht statt. Es wird beschlossen, den Anschlag an die Generalkommission ferner beizubehalten. Vom Bureau wird beantragt, die Sitzung von 12-2 Uhr zu vertagen. Dieser Antrag wird angenommen.

Nachmittags-Sitzung.

Um 2 Uhr wird die Sitzung vom Vorsitzenden eröffnet und das Protokoll verlesen, welches nicht beanstandet wird.

Es wird zum 4. Punkte der Tagesordnung übergegangen, und führt Kollege Allmann in seinem Referat aus, welche Gründe den Vorstand dazu bewogen haben, den Antrag auf Verschmelzung der Verbände zu stellen. Er bemerkt, daß das für und Wider in dem Fachorgan und in Versammlungen genügend zum Ausdruck gebracht worden sei, und befürwortet die Annahme der Verschmelzung, auf die Vortheile hinweisend, die jeder der beteiligten Organisationen hierdurch erwachsen. Pletschmann beantragt, erst einen Situationsbericht der Müller und Konditoren zu hören, worauf Allmann diesem Wunsch nachkommt und einzelne Daten über Stärke, Mitgliederzahl und Verhältnisse der Organisationen giebt und ferner die von den beteiligten Vorständen gepflogenen Verhandlungen erläutert.

In einer regen Diskussion sprechen 19 Kollegen zu diesem Punkte, 12 Redner treten für die Verschmelzung ein, 5 dagegen und 2 sprechen nur für die Verschmelzung der Fachblätter. Die Bedenken, daß die Verschmelzung für die Müller Vortheile, für die Bäcker aber Nachteile mit sich bringen könnte, zerstört Genosse Käppler-Altenburg, Vorsitzender des Müllerverbandes, durch Erstattung eines ausführlichen Situationsberichtes. Er erklärt, daß die Müller in eine Verschmelzung nur willigen werden, wenn dieselbe so zu Stande kommt, daß sie für eine gezielte Weiterentwicklung genügend Garantie bietet. Die finanzielle Grundlage des Verbandes der Müller zeigt folgendes Bild: Die Einnahmen betragen 1894 M. 3866,53, 1895 M. 4340,32, 1896 M. 5667,17. Nach Abzug aller Ausgaben (für Verbandsorgan, Agitation, Streiks, Rechtschutz, Umzugskosten und sonstigen Unterhaltungen, persönl. und sachl. Aufwände) verbliebenen Kassenbestände 1894 M. 695,04, 1895 M. 826,74, 1896 M. 1248,60 und am 1. April 1897 M. 1800. Fiskalen bestanden 1894 23 mit 436 Mitgliedern, 1896 37 mit 1081 Mitgliedern. Redner giebt allerdings zu, daß, wenn die Delegirten über die vorliegende Frage noch nicht klar sind, dieselbe auch zu früh aufgeworfen ist. Besonders die Berliner Delegirten wender sich entschieden gegen die Verschmelzung, weil sich dort das Bestreben nach Gründung von Lokalorganisationen bemerkbar macht. Sie lehnen die Verantwortung für die Folgen, die die Verschmelzung in Berlin zeitigen werde, ab.

Die Kollegen Rahl-Gera und Kretschmer-Hamburg traten mit Entschiedenheit der wiederholt geäußerten Meinung entgegen, daß die Organisation erst durch die Reorganisation des Bundesrats, den Maximalarbeitstages in den Bäckereien betreffend, einen Aufschwung genommen habe. Die Bewegung sei im Gange gewesen und man könne eher sagen, daß der Bundesrath durch Erlaß seiner Verordnung der Agitation den Wind aus den Segeln genommen habe.

Kretschmer stellt den Antrag: Die Verschmelzung der Verbände findet statt, wenn in einer vorzunehmenden Urabstimmung drei Viertel der Stimmen sich für die Verschmelzung erklären. Der Antrag wird trotz Widerspruch einzelner Delegirten angenommen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. In namentlicher Abstimmung erklären sich 14 Delegirte für Verschmelzung, 9 dagegen, 12 Delegirte für Erhöhung der Beiträge bei der Verschmelzung, 11 dagegen. Der Punkt „Verschmelzung“ ist somit erledigt und wird in die Verathung der gestellten Anträge eingetreten.

Antrag 1. Berlin: „Die Mitgliedschaft ersucht, die geplante Verschmelzung der Verbände zu unterlassen, da sie keinerlei Vortheile für unsere Organisation und Bewegung davon erwartet. Sie erklärt sich auch gegen den Zusammenstoß der Forderungen, wenn kein finanzieller Vortheil dabei herauskommt.“ Wird nach kurzer Debatte abgelehnt.

Antrag 2. Einzelzahler aus dem Plauenischen Grund: Die Generalversammlung möge beschließen: Im Falle eine Verschmelzung der Verbände stattfindet, worauf die Mitglieder großen Werth legen, die Beiträge auf 80 % monatlich festzusetzen und Wochenmarken à 20 % anfertigen zu lassen, das Einzahlungsbeleg aber auf 50 % zu belassen.“ Wird von den Vortragstellern zurückgezogen.

Antrag 3. Hamburg: „Anstatt der jetzigen Wochen sind Monatsbeitragsmarken einzuführen.“

Die Mitgliedschaft hält eine Erhöhung des Beitrages im Interesse der Organisation für dringend notwendig.

Antrag 4. Mitgliedschaft Frankfurt a. M.: „Abkündigung der wöchentlichen Beitragsmarken und Einführung von Monatsmarken im Betrage von monatlich 65 %.“

Antrag 5. Kiel: „Der Beitrag zum Verbanne soll auch fernesthin 50 % betragen; der wöchentliche Beitrag auf 20 % erhöht werden.“

Antrag 6. Ostf. a. M.: „Die Generalversammlung wolle beschließen: Abschaffung der wöchentlichen Beiträge und Einführung von Monatsbeiträgen.“

Die Anträge 3-6 werden zusammen verhandelt und nach kurzer Debatte beschlossen, Monatsbeiträge einzuführen und zwar so, daß im Falle durch Urabstimmung die Beitragserhöhung beschlossen wird, 80 % pro Monat zu erheben, im anderen Falle 65 % pro Monat.

Antrag 7. Gera: „Die Generalversammlung wolle beschließen, nach Verbrauch des jetzigen Vorraths an Beitragsmarken eine Vergrößerung der Marken eintreten zu lassen, eventuell nach einer etwa eintretenden Verschmelzung der Verbände diesen Antrag zu berücksichtigen.“ Gilt durch die gestellten Beschlüsse als erledigt.

Antrag 8. Berlin: „Um den Mitgliedern im Vereinskund- und Versammlungswesen mehr Kenntnisse und praktische Fertigkeiten zu geben, ist in den Mitgliedsbüchern ein Anhang über die wichtigsten Punkte desselben anzubringen. Außerdem sind weiterhin alle sonstigen praktischen und nützlichen Mittheilungen betrefß der Agitation beizufügen.“ Wird nach kurzer Debatte als zu kostspielig und wenig seinen Zweck ausreichend abgelehnt.

Antrag 9. Bant-Wilhelmshaven: „Die Generalversammlung wolle in der Frage Klarheit schaffen, ob Arbeiter in den Verband aufgenommen werden dürfen; überhaupt ob Arbeiter dem Verbanne angehören dürfen oder nicht. Es wird, nachdem derselbe durch Dicks begründet, auf Antrag Sandhoff zur Tagesordnung übergegangen.“

Antrag 10. Lwow, Lübeck: „Die Generalversammlung wolle beschließen, daß der Ausschluß eines Mitgliedes nur erfolgen darf, wenn dasselbe länger als drei Monate mit seinen Beiträgen respekt, ohne um Erstattung nachgesucht zu haben.“

Antrag 11. P. P. P. Bremen: „Die Generalversammlung wolle beschließen, daß eine bestimmte monatliche Unterstützung für gemährte Mitglieder festgesetzt wird.“

Antrag 12. Rudolf Fontaine: „Die Generalversammlung wolle beschließen, den Mitgliedschaften anheim zu stellen, an Gaststätten, wo dies noch nicht geschehen, Bibliotheken zu gründen, dieselben auf den Zentralherbergen resp. Fremdenverkehren des Verbandes zu stationiren und die Bücher an zugereichte und fremdliegende Kollegen gegen Pfand auf der Herberge zu verleihen, außerdem dies im Verbandskalender sowie durch Anschlag in der betreffenden Herberge bekannt zu machen. Anschließend hieran möchte ich den Antrag stellen, die Reiseunterstützung ebenfalls möglichst nur auf den Verbändeherbergen auszuholen zu lassen.“

Begründung: Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, wie nöthig gebiegene, partiell gehaltene Broschüren für unsere Bewegung sind, um die indifferente Masse der Kollegen mehr und mehr zur Organisation heranzuziehen. Ich glaube nun als sicher annehmen zu können, daß die Kollegen, wenn sie erfahren, daß auf den Zentralherbergen eine sie interessirende Lektüre finden, diese Herbergen lieber aufsuchen, als die Herberge zur Heimath, wo sie durch die bekannten Werbungschriften wie: „Der neue Arbeiterfreund“, „Der christliche Nachbar“ u. s. w. immer indifferenter und gleichgültiger werden. Haben sie doch Gelegenheit, Schriften zu lesen, welche sie unterrichten von Kampfe ihrer Kollegen um ihr gutes Menschenrecht, um besserer Existenzbedingungen usw., so glaube ich, wird das Bewußtsein der Pflicht und der Entschluß wachgerufen, so bald als möglich ihrer Organisation, dem Verbanne der Bäcker, beizutreten.

Die Anträge 10-12 werden abgelehnt, indem in der Diskussion hervorgehoben wird, betr. Ausschluß von säumigen Mitgliedern, in derselben Weise, wie bisher zu verfahren und kein längerer Frist zu gestatten. Zu Antrag 11 wird ausgeführt, daß es wie bisher auch ferner dem Vorstand überlassen bleiben müßte, in Gemeinschaft mit dem beteiligten Vorstand der Mitgliedschaft jeden einzelnen Fall zu prüfen und nach den örtlichen Verhältnissen die Unterstützung festzusetzen. Die jetzt im Lokale anwesenden Vertreter des Müller- und Konditorenverbandes fragen an, wie weit die Verschmelzungfrage gebiegen sei, und werden die Beschlüsse vom Vorsitzenden vorgeführt. Darauf erklärten beide Vertreter, daß sie unter diesen Bedingungen nicht mehr mitmachen können, denn durch den angenommenen Antrag Kretschmer müßte erst im Bäckerverband eine Urabstimmung über die Verschmelzung erfolgen und würde die zu morgen gedachte gemeinsame Verathung der Statuten des in Vorschlag gebrachten Nahrungsmittelarbeiterverbandes zwecklos sein.

Der Vorsitzende Allmann bemerkt, so leid es ihm auch sei, daß nun die Frage gescheitert ist, so wären wir doch nun gezwungen, in unseren Verathungen megen für uns allein weiter fortzuführen, um unseren Verband weiter auszubauen, zu einflussreichen, brauchbaren Organisation.

Auf Wunsch mehrerer Delegirten wird hierauf um 7 1/2 Uhr die Sitzung zu morgen früh 9 Uhr vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Nach Verlesen der Präsenzliste ergiebt sich, daß alle Delegirten anwesend sind. Als Vertreter der Generalkommission ist Sabath erschienen. Das von Kretschmer verlesene Protokoll wird nicht beanstandet.

Zur Verathung steht zunächst der Antrag 13. Vorstand der Mitgliedschaft Hamburg: „In der Erwägung, daß die Mitgliedschaft Hamburg die Annahme einer Statutenänderung hat, nebst Lage der Dinge die Erhebung einer solchen aber für ganz unthunlich notwendig erscheint, beantragt der Vorstand: Der Hauptvorstand wird beauftragt, in kürzester Frist eine Enquete zu veranstalten, um auf Grund von Sachkenntnissen 1. die wirtschaftliche Lage der Bäckereiarbeit Deutschlands kennzeichnen zu können; 2. ein Bild über die bisherige Durchführung des Maximalarbeitstages zu geben und die Nothwendigkeit desselben aller Welt vor Augen zu führen.“

Derselbe wird mit dem Unterantrag Pletschmann-Dresden, „Der Vorstand solle sich über die Zusammenstellung der Statutenbogen erst mit den Mitgliedschaften in's Einvernehmen setzen“, angenommen.

Zum Antrag 14: „Der Hauptvorstand wird durch die Generalversammlung ermächtigt und beauftragt, sobald die Bäckereiverordnung vom 4. März v. J. seitens der Reichsregierung aufgehoben oder verschleht werden sollte, die Generalität sämtlicher deutscher Bäckerei zu proklamiren, um so durch einen wirtschaftlichen Kampf den zwölfstündigen oder kürzeren Arbeitstag zu erringen“, sprechen, nachdem derselbe von Müller-Hamburg begründet, Pletschmann und Jöst dagesandhoff und Basille dafür. Nur mit der Fassung ist Sandhoff

nicht einverstanden und verspricht sich nur etwas von einem Streik, der zu glücklicher Zeit unternommen wird.

Es sprechen ferner noch zu dem Antrag Dirks, Tragefer, Plescher und Kretschmer.

Sabath, Vertreter der Generalkommission, führt in längeren Ausführungen vor, daß gegenwärtig an einen Generalstreik der Bäcker garnicht gedacht werden könne, man solle sich nicht lediglich immer auf die Allgemeinheit verlassen, sondern es sei unumgänglich notwendig bei einem derartigen Experiment, daß man zunächst einmal in den eigenen Reihen genügende Mittel zu einem solchen Kampfe vorhanden haben müsse, mit einem Beschluß allein könne man keine Gegner bange machen und an eine Ausführung eines solchen sei garnicht zu denken.

Kretschmer-Hamburg zieht hierauf im Auftrage der Hamburger Delegierten den Antrag zurück, ebenso Sandhoff den seinigen.

Begründung des Antrages 16. W. Kahl, Gera: Die Generalversammlung wolle beschließen: Der Zentralvorstand wird beauftragt, bei einer vorzunehmenden größeren Agitations-tour ein Flugblatt herauszugeben, und zwar soll dasselbe ähnlich eingerichtet sein, wie das der Generalkommission gelegentlich der Frauen-Agitation, so daß am Schlusse desselben mit Leichtigkeit das jeweilige Versammlungstlokal und die Zeit aufgedruckt werden können, zum Zwecke einer wirksamen Agitation einerseits und andererseits, um auf zahlreicheren Besuch der bei solchen Gelegenheiten stattfindenden Versammlungen rechnen zu können, hat Kahl-Gera das Wort. Derselbe macht in seinen Ausführungen auf die Wichtigkeit aufmerksam, welche in Bezug auf Agitation die Annahme des Antrages habe. Es spricht hierzu noch Jöhl.

Plescher stellt hierzu folgenden Unterantrag: „Dem Hauptvorstand es zu überlassen, jederzeit, falls derselbe von der Nothwendigkeit überzeugt ist, Flugblätter herauszugeben.“ Es sprechen ferner zu dem Antrage Kretschmer, Sandhoff und Plescher. Der Antrag wird angenommen.

Antrag 16. J. Dreinlich, Sandow (Kottbus): Die Generalversammlung wolle beschließen: Der Zentralvorstand wird beauftragt, in jedem Jahre mindestens zwei größere Agitationstouren in der Provinz Brandenburg zu veranstalten, damit in allen größeren Städten Zahlstellen emporblühen, denn der Grund, daß unserem Verbände bis heute nur zwei Zahlstellen der Provinz Brandenburg angehören, liegt wohl auch meistens daran, daß wir bereits Agitation vom Hauptvorstande bis dato sehr fleißig behandelt worden sind.

Antrag 17. Berlin: „In Ost- und Westpreußen ist eine lebhaftere Agitation zu entfalten und sind speziell dazu Kollegen zu entsenden, die mit den lokalen Verhältnissen dort vertraut sind.“

Antrag 18. Jöhl: „In Anbetracht dessen, daß in Süd-deutschland noch so wenig Mitgliedschaften bestehen, in Zukunft mehr Agitation daselbst zu betreiben.“ Zu demselben spricht Kretschmer und werden dieselben dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 19, Frankfurt: „In Anbetracht dessen, daß die Regelung der Agitation in den letzten zwei Jahren Manches zu wünschen übrig läßt und der Kommission selbst keine weiteren Befugnisse erteilt wurden, möge die General-versammlung beschließen, eine Kommission mit gewissen Rechten und Pflichten einzusetzen und ist dieselbe auch seitens des Hauptvorstandes jederzeit zu respektieren,“ hat Jöhl-Frankfurt das Wort. Kretschmer ist der Ansicht, daß dies auf den Kongress gehöre, das Bedürfnis sei nicht vorhanden, im Verbände selbst eine besondere Agitationskommission einzusetzen.

Weber den Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.

Antrag 20. Lübeck: Die Generalversammlung wird er-sucht, aus der Mitte der Delegierten derselben eine Kommission zu wählen, die im Stande ist, eine Broschüre zu schreiben, welche die Lage der Bäckereiarbeiter anderen Gewerken gegen-über klarstellt; dieselbe an die Mitgliedschaften gratis zu ver-theilen, um jedem reisenden Kollegen, auch Nichtverbands-mitgliedern, ein Agitationsmittel in die Hand zu geben.“ Wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Antrag 21. A. Heil, Altona: Die Generalversam-mlung wolle den Zentralvorstand verpflichten, vierteljährlich eine Broschüre herauszugeben, welche sich mit den einschlägigen Ver-hältnissen in unserer Agitation befaßt, oder eine populär ge-haltene gewerkschaftliche Broschüre anzufertigen und diese zum Selbstkostenpreise den Mitgliedschaften zu überlassen. Den Zahl-stellen bleibt es freigestellt, dieselben nach ihren jeweiligen Kas-senverhältnissen gratis oder zum Selbstkostenpreise an die Mitglieder zu verabsorgen und zu mäßigem Preise an Nicht-verbandsmitglieder zu vertreiben. Bestellungen der Anzahl der Exemplare müssen seitens der Mitgliedschaften mindestens sechs Wochen vor Vierteljahrschluß an die Hauptverwaltung ein-gereicht werden.“ Weber den Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.

Zu Antrag 22, Jacob Hölle, Frankfurt a. M.: Die Generalversammlung möge beschließen, daß keinerlei Verträge, betreffend das Verbandsorgan, abgeschlossen werden, welche die freie Meinungsäußerung hemmen, erklären Allmann und Plescher, daß der im Antrag gemeinte Vertrag zwischen Redaktion und Zentralrentenkasse bisher zu keinerlei Schwierig-keiten Anlaß gegeben habe und man auf beiden Seiten ganz zufrieden mit dem Kontrakt sei.

Sandhoff bemängelt, daß ein solcher Vertrag besteht, der die freie Meinungsäußerung hemmt, und wünscht, daß solche Verträge nicht mehr abgeschlossen werden.

Es wird hierauf der Antrag angenommen.

Antrag 23: Die Generalversammlung verpflichtet die Mitgliedschaften, daß kein Organ neben dem Verbandsorgan herausgegeben wird; ebenso sollen sämtliche Flugblätter vom Hauptvorstande herausgegeben werden.“

Basille-Berlin weist auf die Nothwendigkeit hin, die sich in Berlin herausgestellt habe in Bezug auf die örtlichen Ver-hältnisse. Diese habe nothwendig gemacht, ein eigenes Blatt herauszugeben. Allmann empfiehlt, man möge in dieser Hinsicht den Berlinern gegenüber Nachsicht üben.

Der letzte Theil des Antrages wird von den Frankfurter Delegierten, als schon unter Antrag 16 erledigt, zurückgezogen.

Plescher-Dresden ist der Ansicht, daß man auch den Berlinern keine Vorrechte einräumen solle, ihm ist es sonderbar, daß man in Berlin immer eine Sonderstellung einnehmen will.

Allmann macht zu dem Antrag folgenden Zusatzantrag: „Ohne Mittel des Verbandes in Anspruch zu nehmen, ist es der Mitgliedschaft Berlin gestattet, ihr bestehendes Organ weiterzuführen, dasselbe lediglich zur Agitation am Orte zu verwenden und irgend welchen Artikeln gegen die Redaktion des Verbandsorgans, den Verbandsvorstand oder andere Mitglied-chaften keinen Raum zu geben.“

erörtert werden. Jöhl-Offenbach kann ebenfalls ein solches eigenmächtiges Handeln einer Mitgliedschaft nicht billigen.

Kretschmer beantragt Schluß der Debatte, derselbe wird angenommen.

Der Antrag Hölle-Frankfurt wird mit dem Zusatzantrag Allmann angenommen. Plescher protestirt dagegen.

Antrag 24. Hamburg: „Das Obligatorium der Fach-zeitung ist nach den damit gemachten guten Erfahrungen bei-zubehalten.“

Antrag 25. Mitgliedschaft Kiel: „Die General-versammlung wolle es auf keinen Fall zulassen, daß die obli-gatorische Einführung des Fachblattes aufgehoben würde. Das-selbe soll auch fernerhin alle 14 Tage erscheinen.“

Die Anträge 24 und 25 werden zurückgezogen.

Antrag 26. Berlin: Die Generalversammlung möge beschließen, einen Versammlungskalender im Fachorgan einzu-richten, in welchem die Versammlungsanzeigen unentgeltlich zur Aufnahme gelangen.“ Wird angenommen.

Es wird nun über die Erhöhung der Beiträge verhandelt, hierzu stellt Allmann den Antrag auf wöchentlich 20 M. Kretsch-mer beantragt auf 80 M monatlich. Plescher beantragt, zur Erhebung einer allgemeinen Statistik die einzelnen Mit-gliedschaften zu den Unkosten zu verpflichten, den Beitrag und Eintrittspreis bei der jetzigen Höhe zu belassen.

Es tritt hierauf die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung,

Der Vorsitzende eröffnet dieselbe um 3 Uhr und verliest mehrere Begrüßungsschreiben.

Kollege Basille erstattet den Bericht der Rechnungsprüfungs-kommission und beantragt, dem Vorstand für seine Thätigkeit Decharge zu erteilen, welches einstimmig angenommen wird. Die Kommission macht es den Mitgliedschaften zur Pflicht, mehr als sonst dem Statut Rechnung zu tragen und Abrechnungen und Beiträge pünktlich an die Hauptkasse einzuliefern.

Zum Protokoll der Vormittags-Sitzung meldet sich Kollege Plescher und will festgesetzt wissen, daß über beide Anträge, über den des Kollegen Hölle-Frankfurt und den Zusatzantrag Allmann, abgestimmt ist.

In der Fortsetzung der Diskussion über die Erhöhung der Beiträge ist Kollege Tragefer der Ansicht, daß monatlich 80 M genügen werden.

Sandhoff-Berlin ist gegen Erhöhung der Beiträge und ist der Meinung, daß eine besoldete Person nicht anzustellen sei.

Plescher-Dresden ist der Meinung, daß die Mitglied-schaft Hamburg als die größte Verwaltungsstelle sehr wenig Verwaltungskosten gebrauche und -also wohl ein Drittel der Besoldung der Hauptverwaltung tragen könne.

Jöhl stellt zur Geschäftsordnung den Antrag, man möge sich erst darüber klar werden, ob man im Verband einen be-soldeten Beamten benötige.

Der Antrag wird abgelehnt.

Genosse Sabath von der Generalkommission legt klar, daß mit einem niedrigen Beitrag der Organisation nicht geholfen sei, bei einem erhöhten Beitrag könne auch den Mitgliedern etwas geboten werden.

Strahberger-Hamburg ist für die Erhöhung der Beiträge. Clemenz-Mürnberg befürwortet die Erhöhung der Beiträge; kommt noch auf die Arbeiten von gestern zurück und tadelt das Vorgehen des Kollegen Kretschmer.

Kollege Plescher kommt auf die Besoldung eines Beamten zurück und beantragt, eine Person, welche nur die Geschäfte des Verbandes zu regeln habe, anzustellen, betont, daß die Verwaltungsstelle Hamburg nicht in der Lage ist, Gelder ab-zuführen für Verwaltungszwecke des Hauptverbandes; Kollege Heil-Altona ist für die Erhöhung der Beiträge. Kollege Kretschmer widerlegt die Ausführungen des Kollegen Clemenz, Kollege Plescher kann sich für die Erhöhung der Beiträge nicht er-wärmen.

Es wird beschlossen, monatlich 80 M zu erheben. Dieser Beschluß wurde mit 17 gegen 6 Stimmen gefaßt.

Von Heil-Altona wurde sodann beantragt, die Reiseunter-stützung nach einem Kilometertarif zu regeln; der Antrag fand nicht die genügende Unterstützung, und bleibt es somit beim Alten.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird zunächst über den Sitz des Verbandes beraten und wird Hamburg mit 19 Stimmen gewählt, Gera erhält 2 Stimmen, 2 Delegirte enthielten sich der Abstimmung.

Kühl-Hannover beantragt zur Wahl: Vorsitzenden, Haupt-kassirer und Redakteur in einer Person zu wählen und sprechen alle nachfolgenden Redner für diesen Antrag. Derselbe wird angenommen. Als geeignet zu diesem Posten werden der bis-herige Vorsitzende Allmann, Müller, Sandhoff und Kahl vor-geschlagen.

Allmann wird mit 20 Stimmen gewählt. Sandhoff erhält 1 Stimme, Kahl 2. Allmann nimmt die Wahl an, verspricht, auch ferner seine Pflicht zu thun und ersucht die Delegirten um thätigste Unterstützung.

Zur Gehaltsfrage erklärte Kollege Dreithaupt, daß die Lebenslage in Hamburg eine theure sei und müsse demgemäß das Gehalt bestellt sein. Kollege Plescher beantragt M. 1400 Gehalt festzusetzen.

Furichwengler steht auf demselben Standpunkt. Tragefer ist ebenfalls für M. 1400. Jöhl ist der Meinung, daß die nord-deutschen Kollegen einen Gehaltsvorschlag machen möchten.

Kollege Dreithaupt unterstützte den Antrag von M. 1400. Kollege Sandhoff bezweifelt, daß wir das Gehalt zahlen könnten, ohne die Gelder für Agitation zu schmälern. Kollege Plescher ist der Meinung, daß M. 1400 anwendbar seien. Kühl-Hannover ist für das Gehalt von M. 1400.

Vom Kollegen Dirks ist ein Schlußantrag gestellt, welcher genügend unterstützt wird. Der Schlußantrag wird angenommen.

Kollege Plescher stellt den Antrag auf M. 1300. Der Antrag auf M. 1400 wird angenommen.

Als Ort des Ausschusses werden Frankfurt a. M., Lübeck und Altona vorgeschlagen. Lübeck wird mit 21 Stimmen gewählt; Frankfurt a. M. und Altona erhielten je eine Stimme.

Betreffs der Diäten wurde vorgeschlagen, für den Vor-sitzenden M. 6 und für die sonstigen Agitatoren M. 8. Kollege Plescher stellt den Antrag auf M. 5 Diäten ohne Ausnahme. Kretschmer stellt den Antrag auf M. 3 Diäten und M. 3 Arbeitsentschädigung. Kollege Basille spricht für seinen Antrag, Plescher und Kretschmer desgleichen. Der Antrag Kretschmer wird angenommen.

Als Stellvertreter der Vorsitzenden werden vorgeschlagen Müller und Plescher. Sandhoff ist der Meinung, das nicht so schnell in die Wahl eingetreten werden müsse. Es müsse eine geeignete Kraft dazu erwählt werden.

Kühl ist der Meinung, daß Plescher wohl dazu befähigt sei. Dirks tritt für Müller ein. Gewählt wird Kollege Plescher mit

12 Stimmen, Müller erhielt 9 Stimmen und Kretschmer 1 Stimme. Kollege Plescher nimmt die Wahl an.

Kretschmer beantragt, § 21 unseres Statuts, welches jetzt lautet: „Zur Befreiung der Ausgaben der Lokalverwaltung sowie zur Deckung für die durch regelmäßige Verbreitung des Fachorgans entstehenden Ausgaben können die Zahlstellen bis zu 40 pSt. der Beiträge verwenden,“ folgende Fassung zu geben: „Zur Befreiung usw. können die Zahlstellen bis zu 30 pSt. von jedem Monatsbeitrag verwenden.“ Der Antrag wird angenommen.

Dem Ausschuss wird die Befugnis zugesprochen, alljährlich einmal die Hauptkasse und alle Vorstandsgeschäfte zu revidiren, und hat die Hauptkasse hierfür die Kosten zu tragen.

Den Ort der nächsten Generalversammlung festzusetzen, wird dem Vorstand überlassen und soll Süddeutschland hierbei be-rücksichtigt werden.

Kollege Plescher giebt noch die Erklärung ab, dahin wirken zu wollen, daß es in Dresden bald keinen Fachverein der Bäcker mehr giebt, sondern dessen Mitglieder als Einzel-zähler dem Verbände beitreten. Kollege Friedmann-München erklärt, daß die Münchener Kollegen schon lange bestrebt sind, ihren Fachverein aufzulösen und dem Verbände sich als Mit-gliedschaft anzuschließen, was nun sobald als möglich geschehen werde, um mit den übrigen Mitgliedschaften ein einiges großes Ganze zu bilden.

Der Vorsitzende Allmann spricht der Lokalkommission für ihre Mühe und Arbeit den Dank der Delegirten aus, dankt der organisirten Arbeiterschaft Gera für ihren warmen Empfang und reges Interesse an unseren Verhandlungen, und richtet sodann einen kräftigen Appell an die Delegirten, so wie bisher weiter zu arbeiten an dem Ausbau unserer Organisation.

Mit einem Hoch auf den Verband, in welches die Delegirten begeistert einstimmen, wird hierauf der Sechste ordentliche Ver-bandstag geschlossen.

Gewerkschaftliches.

\* Achtung! Die Kollegen werden dringend ersucht, den Zug nach Kopenhagen, sowie dem ganzen Dänemark fernzuhalten. In Kopenhagen stehen die Kollegen wegen Lohnforderung in Unterhandlung mit den Arbeitgebern, in mehreren Provinzstädten ist es schon zur Arbeitsniederlegung in den Bäckereien gekommen. Deshalb: haltet den Zug nach Dänemark fern!

\* Etwas zur Kontrolle des Maximalarbeitstages. In die Bäckerei Hirschberg, Gr. Gärtnerstraße in Altona, kommt ein Beamter zum Revidiren der Kalendertafel. Der Bäckermeister holt aus seinem Wohnzimmer die Kalendertafel herbei (in der Bäckerei hatte überhaupt noch keine ausgehangen), der Beamte unterkreuzt dieselbe und Alles wird für gut befunden. Er hat sich der Meister bequemt, die Tafel in die Bäckerei zu hängen. — Dieser Fall, einer von tausend ähnlichen, bezeichnet so recht die von der Arbeitgeberseite so hoch gepriesene Rücksicht der Behörden in der Kontrolle des Maximalarbeitstages!

\* Deshalb der Bäckerschnitz nöthig ist. Wegen eines Uebermaßes von Arbeit, das er dem eigenen Sohne zumuthete, hatte sich dieser Tage vor dem Schöffengericht in Koblentz der Bäckereimeister Schmeidler aus dem Nachbarorte Metternich zu verantworten. Er hatte nach der „Köln. Volksztg.“ seinen Sohn in seiner Bäckerei decaut angefrengt, daß der 19jährige junge Mann zum Krüppel geworden ist. Der Sohn hat selbst die Anzeige gegen den Vater erstattet; er mußte von Nachts 12 bis 6 Uhr am anderen Abend arbeiten, von 6 bis 8 Uhr Abends konnte er dann ruhen, von 8 bis 9 Uhr hatte er Teig an-zusetzen, dann konnte er schlafen bis 12 Uhr.

Auf Grund der Bäckereiverordnung über die Maximal-arbeitszeit stand der Vater vor dem Gericht; er gab den Thatbestand zu und meinte zu seiner Entschuldigung, es sei ja kein fremder Gejelle, sondern sein eigener Sohn. Der Staatsanwalt trug „mit bewegter Stimme“ den Strafantrag vor und behauptete nur, daß die gesetzlichen Bestimmungen keine Freiheitsstrafe zstehen. Eine Geldstrafe von M. 150 sei aber wohl gerechtfertigt. Das Gericht erkannte dem Antrage gemäß. Das anwesende Publikum gab seinen Unwillen durch drohende Ausrufe gegen den unmenichlichen Vater zu erkennen.

Wir können in die plötzliche Entrüstung des Staatsanwalts und des Publikums nicht einsimmen, denn sie ist deshalb aus-gebrochen, weil es sich hier um ein Meistersöhnchen handelt. Wir wissen, daß in hundert anderen Fällen Bäckergesellen und Lehrlinge ähnlich maltärkt werden und daß sie, die ihre Ge-sundheit für einen elenden Lohn opfern, noch viel mehr des Schutzes bedürftig sind als ein Meistersöhnchen, das sich spätes-hinab warm in den väterlichen Betrieb setzt. Aber zur Kenn-zeichnung der Zustände in den Bäckereien und der gewissenlosen Agitation, die sich gegen den armeneligen Bäckerschnitz richtet, mag der Koblentzer Fall schon seine Schuldigkeit thun.

\* Appetitliches Gebäck. Aus der Bäckerei G. Akeröf, Neuestraße 22, Hohenfelde-Hamburg, wurden aus mehrere Säcke Gebäck überreicht, welche innen ganz aschgrau aussehend und total verfaulen sind. Nach eingezogenen Erkundigungen rührt das daher, weil der Herr in seinem Mehlverbrauch sehr sparsam ist, das verkäufte Mehl von der Erde zusammenzu-suchen läßt und zwischen den Zeig mengt. Diese verdorbene Waare wurde von uns sofort der Behörde zur chemischen Untersuchung überreicht und wird der leibere In-nungspatron der wohlverdienten Strafe nicht entgehen. — Herr Binkmann und Consorten werden aber erst fernrechtin behaupten, in der Bäckerei existiren keine Uebelstände.

\* Zur Frage der landwirthschaftlichen Mäulerei- und Bäckereigenossenschaften. Der Landeslandwirthschafts-rath hat eine Kommission zur Untersuchung der Frage der genossenschaftlichen Getreideverwertung ein-gesetzt. Diese hat u. A. auch die genossenschaftlichen Mäulerei- und Bäckereien in Schlesien und in der Lausitz besucht und ist zu folgendem Urtheil über sie gekommen: Die durchaus fruchtbringenden Erfolge der seit mehreren Jahren bestehenden Unternehmungen haben bewiesen, daß die Anwendung des Genossenschaftsprinzips auf den Betrieb der Mäulerei- und Bäckerei sehr zweckmäßig ist, und daß genossenschaftliches Vorgehen auf diesem Gebiete unter denselben gestattenden Ver-hältnissen mindestens in gleichem, wenn nicht in noch höherem Grade geeignet ist, die Macht eines zu weit gehenden Zwischenhandels in Getreide, Mehl und Futtermittel zu brechen, den beteiligten Landwirthen etwas bessere Preise für ihre Brotsfrucht zu verschaffen und eine angemessene Ver-mehrung der Brotpreise durchzusetzen. Mit Rücksicht auf den zuletzt angeführten Gesichtspunkt erscheint daher der Zusammen-schluß der Produzenten zu Mäulerei- und Bäckereigenossenschaften auch für die Allgemeinheit von nicht unerheblicher Bedeutung

und ist daher auch schon aus diesem Grunde ein erstrebenswerthes Ziel.

Werden sich da aber die diebstüchlichen Bäckerverlogen freuen, daß ihnen von jener Seite, die sie als die besten Freunde des ehrbaren Bäckershandwerks schätzen, Konkurrenz gemacht werden soll, was wohl ihren heiligen Profit nicht erhöhen wird!

### Versammlungen.

(Wie Schriftführer werden ersucht, schon des Papier zu gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

**Berlin.** Eine öffentliche Versammlung der Bäder fand am 6. April im „Englischen Garten.“ Der Einberufer, Herr Franzmann Höppler, eröffnete dieselbe um 4 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Die Bäckerverlogen und der Reichstag. Referent: Redakteur Herr ... 2. Die Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Die Gründung des Gewerkschaftsausschusses der Innung „Koncordia“ zur ... 4. Die Gründung des Kohlen- und Logiswesens beim Meister und ... 5. Die Gründung der Nacharbeit. Ehe der Vorsitzende dem Referenten das Wort erteilt, tadelt er das Vorgehen der Vokalorganisten, weil sie zur selben Zeit auch eine Versammlung einberufen. Der Referent erwidert seinen Vortrag in ausführlicher Weise. Er legt nochmals die wichtigsten Punkte der Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik klar. Er führt ferner aus, daß die Mitglieder des Normalarbeitstages ihre Neben nur halten, um sich bei den Meistern ihres Wahlkreises beliebt zu machen. Weiter bemerkt er, daß unter den Bäckern solche Klatsch herrscht. Er erwähnt zum Schluß die Kollegen, sich zu organisieren. Auch bewundert Redner die Dresdener Kollegen, daß sie das wichtigste Kampfmittel ganz und gar verwerfen. An der Diskussion beteiligen sich verschiedene Kollegen. Der Vorsitzende spricht im Namen der Versammlung dem Referenten seinen Dank aus für sein Referat. Als Vertrauensmann wird Schlichter gewählt. Ueber die Abschaffung des Kohlen- und Logiswesens entspinnt sich eine lebhafteste Debatte und wird eine für die Abschaffung des Kohlen- und Logiswesens beim Arbeitgeber einsetzende Resolution angenommen.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung am 2. April. Nachdem vom Vorsitzenden die Versammlung eröffnet wurde, wurde E. Müller zum ersten, F. Ludwig zum zweiten Schriftführer und A. Diegner zum Kartelldelegierten erwählt. Kartellgesetz wurde dem Kartellbericht und forderte die Kollegen auf, recht fleißig Karten zu vertreiben, damit die auf der Arbeiterschaft ruhende Schuldenlast so bald wie möglich getilgt werde. Ein Antrag desselben, am 1. Mai keine Versammlung abzuhalten, sondern am 2. Mai eine gemeinschaftlichen Spaziergang nach einem Vorort, wo eine Versammlung abgehalten sein würde, vorzunehmen, fand Annahme. Der Vorstand wurde beauftragt, das Weitere zu veranlassen. Hierauf referierte Frau Zieg über sozialpolitische Gesetzgebung. Referentin wies besonders darauf hin, wie die vertriebenen Arbeiter durch die immer mehr und mehr überhand nehmende Verzerrung und die damit verbundene Ausbeutung der Arbeiterklasse sich schließlich gezwungen sehen, besondere Arbeiterkassenbestimmungen und Gesetze zu erlassen; wie dieselben aber immer nur ein kleiner Bruchteil von dem sind, was die Arbeiter fordern, zumal die bestehenden Bestimmungen zum Teil nur auf dem Papier stehen oder direkt im Interesse der Unternehmer gemacht sind. Nachdem der Vorsitzende der Referentin den Dank der Versammlung ausgesprochen, wurde vom Kassierer die Abrechnung vorgelegt; dieselbe wurde von den Revisoren für richtig erklärt. Ein Antrag, die Versammlungen wieder um 5 Uhr beginnen zu lassen, fand Annahme.

**Höchst a. M.** Am Mittwoch, den 14. April, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Beiträge reguliert und ein neues Mitglied angenommen war, gab Kollege Greiter den Bericht vom Gewerkschaftskartell, wobei er den Kollegen mitteilte, daß die diesjährige Reise am Sonntag, den 2. Mai, stattfinden. Hierauf sprach Kollege Leidig in längeren Ausführungen über die Bedeutung der Reise und forderte die Kollegen auf, sich Mann für Mann an derselben zu beteiligen. Für den Oberhall wurden zehn Kollegen als Kommité gewählt. Alsdann theilte der Vorsitzende mit,

daß die Wahl eines Kassiers nöthig sei, indem Kollege Appel infolge Familienverhältnisse abreisen mußte, und wurde Kollege Memberger einstimmig als Kassierer gewählt. Nachdem noch einige Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung. — Daß auch die hiesigen Bäckerverlogen alle Hebel in Bewegung setzen, um die Kollegen vom Verbands fernzuhalten, beweisen uns zwei Fälle, welche sich vor kurzem zugetragen haben. Der Bäckerverlogen W. rief seinen Gehülften, an dem Fall des Fachvereins nicht theilzunehmen, sondern mit ihm einen Spaziergang nach dem Niederwald-Denkmal zu machen, und ließ sich der Meister dabei in Nebenarten aus, welche man nur von einem ungebildeten Menschen erwarten kann. Ein Anderer dieser edlen Herren fragte einen Kollegen, als er bei ihm in Arbeit trat, ob er auch ein Mitglied dieses sozialdemokratischen Vereins sei, sonst könne er ihn nicht brauchen. Wir rufen den Kollegen zu, sich von solchen Machinationen nicht abbringen zu lassen, sondern Mann für Mann dem Verbands beizutreten, denn nur die Einigkeit macht uns stark.

**Worzhelm.** Hier fand eine Bäckerverlogenversammlung statt, zu welcher sich auch ein Tisch voll Meister, Schlichter und Vorarbeiter eingefunden hatte. Einer derselben stellte vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag, alle Nichtbäder (es waren nämlich vom Gewerkschaftskartell verschiedene Persönlichkeiten anwesend) aus der Versammlung auszuschließen, da letztere nur für Bäder einberufen sei. Ihm wurde entgegen, daß die Versammlung vom Kartell ausgeschrieben und eine öffentliche sei, zu der jeder anständige Mensch Zutritt habe. Gegen die Wahl des Schlichters zum Vorsitzenden erklärten sich die Meister und ihr Anhang, während die Uebrigen sich der Abstimmung enthielten. Da aber kein anderer Vorschlag gemacht wurde, so übernahm Funke doch den Vorsitz mit der Bemerkung, daß er etwaige Ruheführer aus dem Lokal entfernen lassen werde. Jöst aus Offenbach schilderte nunmehr in längerem, oft von hümmischen Zwischenrufen unterbrochenem Vortrag die Verhältnisse im Bäckergewerbe, zunächst die Unzulänglichkeit und Mangelhaftigkeit der Arbeitsräume, die keineswegs den polizeilichen Vorschriften entsprechen. Bäckerverlogen Gerhard entgegnete dem Vorredner, die von demselben geschilderten Mängel mögen wohl in Norddeutschland anzutreffen sein, hier aber nicht. Hier gebe es auch reichlich zu. Wenn Einer aber „Dresdau“ sei und sich nicht wasche, könne der Meister nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Bekäme ein Gehülfe die Krätze, so habe er dies seiner Unreinlichkeit zuzuschreiben. Einige Uebelstände, die bei der vorjährigen Bäckerverlogenversammlung zur Sprache gekommen, seien inzwischen abgestellt worden. Ueber das Spreckmeisterwesen könne man hier nicht klagen. Dasselbe sei gut geregelt. Was Jöst über den Verdienst der Meister angeführt, sei einfach lächerlich. Der Vorsitzende konstatierte, daß ihm als Vertrauensmann schon viele Klagen über die Verhältnisse in hiesigen Bäckereien zugekommen seien. Die Thatsache, daß das Gewerbe sich sehr oft mit Streitigkeiten zwischen Meistern und Gehülften zu beschäftigen habe, beweise ebenfalls, daß nicht Alles so sei, wie es sein sollte. Namentlich mit den Schlafstellen sei es hier schlimm bestellt. Diese seien von manchen Meistern die Nacht über an Goldschmiede vermietet. (Stürmische Rufe: Namen nennen!) Redner will die Namen nennen, aber sich erst mit der Kommission in's Einvernehmen setzen. (Burus: Alles verflucht und verlogal!) Der Redner äußerte seine Genugthuung über die Mittheilung Gerhard's, daß eine Kommission der Meister selbst für Abhilfe von Mängeln sorgen wolle. Er sei bereit, sich mit dieser Kommission zu „kompromittieren“, um eine Besserung im Bäckergewerbe zu erzielen. Bis dahin verließ die Versammlung so ziemlich „gemüthlich“, und man war nahe daran, sich gegenseitig Komplimente zu machen. Als aber nach einer weiteren Rede Jöst's über die Gründung einer Filiale des Bäckerverbands abgestimmt werden sollte, warnte Gerhard die Gehülften, ihr Geld nach Norddeutschland zu schicken, von wo sie doch nichts mehr bekommen würden. „Verkaufes lieber“, meinte ein Anderer. Der Vorsitzende erklärte diese Warnung für eine ganz unzulässige Beeinflussung und erklärte, daß die Abstimmung nunmehr nicht stattfinden werde, und Jöst werde sich in scharfen Auslassungen gegen Gerhard, der sich zuvor als humaner Meister aufgestellt, jetzt aber seine wahre Gesinnung zeige. Kritisch wurde die Situation, als einer

der Anwesenden (wie wir hören, ein sozialdemokratisches Bürgerauschussmitglied) sich dahin äußerte, das Auftreten Gerhard's illustrierte das bekannte Wort, daß ein Bäder drei Stunden zum Fenster hinausschauen könne, ohne etwas zu denken. Es fielen nunmehr auf beiden Seiten erregte Worte. Die Meister verwarnten sich dagegen, sich von „Schäufnern, Schneidern und sonstigem Lumpengeugs“ belehren zu lassen und die Andersblieben die Antwort nicht schuldig. Jöst warf den Meistern Rücksicht gegenüber den Fabrikanten und dänkelhaftes Prozedur gegenüber den Arbeitern vor und drohte mit dem Boykott, wenn einer der Gehülften genugsam würde. Als die Stimmung am animirtesten war, wurde die Versammlung geschlossen.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

I. Nach § 84 unseres Statuts macht sich nach dem vom Verbandstag mit 17 gegen 6 Stimmen gefaßten Beschluß: die Beiträge auf monatlich 80  $\mathcal{M}$  zu erhöhen, eine Urabstimmung nöthig. Für die Urabstimmung schreibt der § 85 Folgendes vor: Die Urabstimmung hat innerhalb sechs Wochen nach Schluß des Verbandstages stattzufinden und muß das Resultat derselben spätestens drei Tage nach diesem Termin in Händen des Vorstandes sein. Später eintreffende Berichte sind bei Zusammenstellung des Abstimmungsergebnisses nicht zu berücksichtigen. Demnach hat die Urabstimmung bis zum 31. Mai stattzufinden und bis zum 3. Juni dem Vorstand Mittheilung über das Resultat derselben zu erstatten. Die Abstimmung wird in der Weise vorgenommen, daß die Mitglieder, welche für die beschlossene Erhöhung der Beiträge sind, mit Ja stimmen, die dagegen sind, mit Nein. Das Resultat der Abstimmung ist von den Vorständen der Mitgliedschaften (Vertrauensleuten) und Revisoren zu unterschreiben und mit dem Stempel der Bäckerei zu versehen. Formulare zu diesem Zweck werden in den nächsten Tagen den Vorsitzenden der Mitgliedschaften und Vertrauensleuten zugeteilt werden. Zu spätkommende oder unrichtige Berichte können bei der Zusammenstellung nicht berücksichtigt werden.

II. Alle Sendungen von Geld sind nur an den Vorsitzenden und Hauptkassierer einzusenden, desgleichen alle den Verband betreffenden Briefe und Schreiben. Adr.: Oskar Allmann, Hamburg, Fabrikstraße 15-17. Auf jeder Postanweisung ist auf der Rückseite des Postabschnittes anzugeben, ob der Betrag für den Verband oder das Fachblatt bestimmt ist.

III. Das Protokoll des Kongresses erscheint als Vortragschrift in Brochürenform und wird voraussichtlich pro Stück 15  $\mathcal{M}$  kosten. Die Vorstände (Vertrauensleute) werden ersucht, den Vertrieb derselben in die Hände zu nehmen, und werden gebeten, bis zum 10. Mai die gewünschte Anzahl, die am Orte verkauft werden können, zu bestellen. Um eine Verzögerung, welche sonst im Erscheinen eintreten würde, zu vermeiden, möchten wir nochmals bitten, ja die Bestellungen rechtzeitig an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

IV. Die Revisionskommission des Verbandstages nahm Gelegenheit, das sämige Abschenden der Monatsabrechnungen und Gelber an die Hauptkasse, wie es seitens einzelner Mitgliedschaften beliebt wird, ernstlich zu rügen und werden die Vorstände (Vertrauensleute) ersucht, hierin Wandel zu schaffen. Auf Grund des Statuts müssen Monatsabrechnung und Beiträge mindestens bis zum 15. des nächsten Monats in Händen des Vorstandes sein. Säumige Mitgliedschaften werden im Fachblatt öffentlich bekannt gegeben werden.

V. Der Verbandstag beschloß, im Fachblatt einen Versammlungskalender einzurichten, und finden hierin alle Angaben vom Statuten der Mitgliederversammlung unentgeltlich Aufnahme, welche bis spätestens Dienstag vor Erscheinen des Organs in Händen des Vorsitzenden sind.

VI. Dem Mitglied Heinrich Müller, geboren den 6. August 1861 zu Neumünster, ist sein Mitgliedsbuch gestohlen worden und werden die Mitglieder ersucht, sobald ihnen dasselbe zu Gesicht kommen sollte, es dem unermittellichen Inhaber abzunehmen und an Unterzeichneten einzusenden.

Der Vorstand  
des Verbandes der Bäcker u. Verussgen. Deutschlands.  
Oskar Allmann.

**Anzeigen.**  
**Mitgliedschaft Altona.**  
Mittwoch, 5. Mai, Nachm. 5 Uhr:  
Regelmäßige  
**Mitglieder - Versammlung**  
bei Frau Eckhoff, Gr. Freiheit.  
Tagesordnung:  
1. Monatsabrechnung. 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 3. Bericht vom Verbandstag. 4. Urabstimmung über die Erhöhung der Beiträge.  
Wegen dieser wichtigen Tagesordnung sollten alle Mitglieder pünktlich und zahlreich am Platze sein.  
[1,70] Der Vorstand.

**Leipzig! Flora Leipzig!**  
Rindmühlstraße 11/16,  
empfiehlt seine  
freundschaftlichen  
und geschäftlichen Salzen und  
geraden Schlafräumen. Billig!  
**Julius Michael**  
NB. Geschäft der Bäcker seit 1878.

**Emil Beier!**  
Restaurant und Café,  
Leipzig, Lindenstraße  
empfiehlt seine freundschaftlichen  
Gesellschaften.  
**Garten und Kegelpark.**  
Prüfung Freitag. Abendstamm.  
Spezialer Filzant u. Mischschöf.

**Wachtung! Hamburg. Wachtung!**  
**Mai-Feier.**  
Sonntag, den 2. Mai:  
**Spaziergang nach Winterhude,**  
Töllner's Park, Barmbeckerstraße 8.  
**Dasselbst: Versammlung.**  
Zusammenkunft 1 1/2 Uhr bei Rothe, Bergstraße, Abmarsch 2 Uhr.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht [A 3,20] Der Einberufer.

**Liedertafel „Amicitia - Concordia“**  
der vereinigten Bäcker Hamburgs von 1866.  
Mittwoch, den 5. Mai:  
**G. Frühlings-Kränzchen**  
im Lokal „Eppendorfer Baum“ (Besitzer: Hr. Cröplin).  
Um 8 Uhr: Große Festpolonaise mit Geschenken.  
Ferner: Damenwahl, Française etc.  
— Saalöffnung 4 1/2 Uhr. Anfang 5 Uhr. —  
Günstigste Fahrgelegenheit nach allen Stadttheilen.  
Hier: ladet freundlich ein Der Vorstand.  
Unsere diesjährige Ausfahrt findet am ersten Pfingsttage  
nach Burg Blauenburg bei Garburg statt. [A 5,10]

**Café Ehrlich**  
Katharinenstraße No. 14, Leipzig, Katharinenstraße No. 14,  
empfiehlt seine großen Lokaleitäten zur freundschaftlichen Benutzung.  
2. und 3. Stock (à Stunde 30 Pfennig).  
Lange Küche. Hochfeine Biere usw.  
NB. Die „Deutsch-Amerikanische Bäcker-Zeitung“ liegt aus.

**Gasthof**  
**Zum Deutschen Reich**  
Forst i. L.  
Verkehrslokal des Verbandes d. Bäcker,  
Mitgliedschaft Forst i. L.  
Den hiesigen wie auch den durch-  
reisenden Bäckern empfehle meine  
freundschaftlichen Lokalitäten, sowie  
Fremdenlogis.  
Konstante, freundliche Bedienung!  
**Paul Woidke,**  
Hinter der Reiffe-Brücke.

**Filzhüte.**  
Rein neuer illustrierter Preis-  
katalog  
**modernster Filzhüte**  
aller Sorten wird an jeden Inter-  
essenten gratis versendet.  
Meine Hüte zeichnen sich durch  
verzügliche Qualität und große  
Billigkeit aus. Dugendpreis bereits  
bei Bestellung von drei Stück.  
Hutfabrikant,  
**Aug. Heine, Halberstadt.**

Die Deutsch-Amerikanische  
**„Bäcker-Zeitung“**  
erscheint in Newyork und kostet für  
Deutschland M. 8 das Jahr.  
Expedition: Brooklyn-Newyork,  
No. 5 Boerumstreet.

**Backofen-Neu- u. -Umbau**  
zu Holz-, Kohlen- od. Koaksheizung.  
Absatz über 5000 Stück. Perma-  
nente Ausstellung von zehn Back-  
öfen verschied. Konstruktionen.  
Lager von Backofenarmaturen,  
Chamottestellen und Chamotte-  
platten bester Qualität.  
Arbeiten u. Lieferungen nur unter  
Garantie der Güte bei billigster  
Preisstellung. [2,70]  
Prämiirt mit Staats-, goldenen u.  
silbernen Medaillen.  
**Max Ketterer, Leipzig-Neudnitz,**  
Heinrichstraße 21.

**Werner & Hille,**  
Leipzig-Sellerhausen,  
Schützenhausstraße 16.  
**Fabrik für Backofen-Armaturen.**  
Neu- und Umbauten unter Garantie.  
Haltestelle der elektrischen Straßenbahn  
Volkmarzdorf.

**„Der Zeitgeist“**  
Organ aller in der Nahrungsmittel-  
Industrie beschäftigten Arbeiter und  
Arbeiterinnen,  
Wien-Fünfhaus (Neubaugürtel 44)  
erscheint jeden 1. und 3. Donnerstag  
im Monat und kostet für Deutschland  
pro Quartal 60  $\mathcal{M}$ .  
Druck: Hamburger Buchdruckerei  
und Verlagsanstalt Tuer & Co. in Hamburg.